

Abonnement:

für 6 Monate 38000
... 3 Monate 34000
Nach Europa kostet das Blatt 24 Mark jährlich.

Anzeigen

werden nur bei Vorauszahlung aufgenommen.

Erscheint

wöchentlich zwei Mal: Mittwoch und Sonnabend.

Expedition: Rua Libero Badaró 63.

Briefe: Caixa do Correio N. 110.

Agentur für Deutschland:

Carl Buckler in Eisenberg (Thüringen).

Germania

Allgemeine deutsche Zeitung für Brasilien.

Mit der wöchentl. Beilage: „Illustrirtes Unterhaltungsblatt.“

Agenturen:

Santos: Henrique Beyrodt.
Campinas: F. Würzler, Rua de S. Carlos 95.
Limeira: Eduard Stahl.
Rio Claro: L. Barthmann.
Piracicaba: Bento Vollet.
São João da Boa-Vista: José Jahnel.
Estação de Leme: Heinrich Waldvogel.
Araras: Louis Graf.
Pirassununga: Germano Halenbeck.
Rio de Janeiro: C. Müller, Rua do Hospício 89.
Taubaté: Luiz Rosner.
Dona Francisca: L. H. Schultz.
Curitiba: Robert Hauer, R. da Imperatriz 68 u. 70.

Die Konstitution der Vereinigten Staaten von Brasilien.

Dekret N. 510 vom 22. Juni 1890.

II. Kapitel.

Von der Wahl des Präsidenten und des Vicepräsidenten.

Art. 44. Der Präsident und der Vicepräsident werden durch das Volk mittelst indirekter Wahl gewählt, für welche jeder Staat ebenso wie der Bundesdistrikt einen Kreis mit speziellen Wählern in doppelter Anzahl als die bezügliche Vertretung beim Kongresse zählt, bilden wird.

§ 1. Spezielle Wähler können nicht sein: ausser den durch Art. 26 von der Wahl ausgeschlossenen, diejenigen Bürger, welche bezahlte Aemter bekleiden, mögen letztere einen legislativen, gerichtlichen, administrativen oder militärischen Charakter haben, sowohl bei der Bundesregierung als bei den Staaten.

§ 2. Diese Wahl findet am 1. März des letzten Jahres der Präsidentschaftsperiode statt.

Art. 45. An dem darauf folgenden 1. Mai wird in ganzen Gebiet der Republik die Wahl der Präsidenten und Vicepräsidenten vorgenommen.

§ 1. Die Wähler jeden Staates sowie die des Bundesdistriktes werden ein Kollegium bilden, und sich an dem von der respektiven Regierung in der entsprechenden Zeit vorher bekannt gemachten Orte versammeln.

§ 2. Jeder Wähler bezeichnet auf zwei verschiedenen Zetteln, die in zwei Urnen geworfen werden, je einen Bürger, wovon einer zum Präsidenten, der andere zum Vicepräsidenten bestimmt ist, doch soll wenigstens einer derselben aus einem andern Staat gebürtig sein.

§ 3. Bei der Stimmenzählung werden zwei verschiedene Protokolle aufgenommen und von jedem drei authentische Exemplare ausgefertigt, welche die Namen der Gewählten und die resp. Zahl der abgegebenen Stimmen enthalten.

§ 4. Von diesen authentischen Akten, deren Inhalt durch die Presse veröffentlicht werden soll, werden zwei Exemplare (eines von jedem Prokoll) an den Governador des Staates für das resp. Archiv (im Bundesdistrikt zum gleichen Zwecke an den Präsidenten der Munizipalität), zwei an den Präsidenten des Bundes-Senats und die zwei übrigen an das National-Archiv übersandt, alle geschlossen und versiegelt.

§ 5. Wenn die beiden Kammern, unter der Präsidentschaft des Senatspräsidenten, zu einer Generalversammlung vereinigt sind, so eröffnet der Präsident vor ihnen die beiden Protokolle und proklamirt als Präsident und Vicepräsident der Vereinigten Staaten von Brasilien die beiden Bürger, welche in jedem dieser Protokolle die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

§ 6. Wenn von keinem diese absolute Mehrheit erreicht wird, so wird der Kongress mit namentlicher Abstimmung unter den drei Kandidaten, welche in jedem der Protokolle die meisten Stimmen auf sich vereinigen, den Präsidenten oder Vicepräsidenten durch absolute Stimmenmehrheit erwählen.

§ 7. In dieser Wahl hat jeder Staat, ebenso wie der Bundesdistrikt, eine Stimme, und diese steht demjenigen der drei Kandidaten zu, welcher in der respektiven Vertretung im Kongress die relative Majorität der abgegebenen Stimmen erhält.

§ 8. Zu diesem Zweck haben die Repräsentanten jeden Staates und die des Bundesdistrikts ihr Votum gruppenweise abzugeben (votarão por grupos discriminados).

Art. 46. Die Generalversammlung zur Prüfung der Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten gilt nicht als beschlussfähig, wenn nicht wenigstens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend ist.

§ 1. Der in den beiden vorhergehenden Artikeln vorgeschriebene Wahlprozess muss in einer und derselben Sitzung begonnen und beendet werden.

§ 2. Sobald in dieser Sitzung der Namensaufruf geschehen ist, ist es keinem der Anwesenden gestattet das Haus zu verlassen, und werden zu diesem Zweck die nöthigen materiellen Massregeln getroffen.

§ 3. Keines der anwesenden Mitglieder darf sich der Abstimmung enthalten.

III. Kapitel.

Von den Befugnissen der vollziehenden Gewalt.

Art. 47. Dem Präsidenten der Republik steht ausschliesslich zu:

1) Die Gesetze und Beschlüsse des Kongresses zu genehmigen, in Kraft zu setzen und zu publiziren, sowie Dekrete, Instruktionen und Reglements für deren genaue Ausführung zu erlassen;

2) die Staatsminister nach Belieben zu ernennen und zu entlassen;

3) den Oberbefehl über die brasilianischen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser auszuüben, ebenso über die Lokalpolizei, wenn sie zur innern oder äusseren Vertheidigung des Bundes zu den Waffen gerufen wird;

4) in Uebereinstimmung mit den Gesetzen und den Bedürfnissen der Nationalregierung die Streitkräfte zu Wasser und Land zu verwalten und zu vertheilen;

5) alle bürgerlichen und militärischen Aemter, welche Bundescharakter tragen, mit Ausnahme der in der Konstitution ausdrücklich vorgesehenen Einschränkungen, zu besetzen;

6) die Strafen, welche für die der Bundesgerichtsbarkeit unterworfenen Verbrechen verhängt werden, zu erlassen oder zu mildern. Ausgenommen hiervon sind die in Art. 32 N. 30, und Art. 50 § 2 bezeichneten Fälle;

7) Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen nach Massgabe des Art. 32 N. 12;

8) im Fall einer feindlichen Invasion oder eines Angriffs vom Auslande unmittelbar den Krieg zu erklären;

9) alljährlich dem Nationalkongress von der Situation des Landes Bericht zu erstatten und in einem am Tage der Eröffnung der legislativen Session dem Sekretär des Senats zu übersendenden Handschreiben (oder Botschaft) dem Kongress die zu ergreifenden dringlichen Massregeln und Reformen anzupfehlen;

10) den Kongress zu ausserordentlichen Sitzungen einzuberufen und die ordentlichen Sitzungen zu verlängern;

11) die Bundesbehörden zu ernennen;

12) die Mitglieder des obersten Bundestribunals und die diplomatischen Minister, unter Zustimmung des Senats, zu ernennen. In Abwesenheit des Kongresses können dieselben in Kommission ernannt werden, bis der Kongress sich über sie ausgesprochen hat;

13) auch die übrigen Mitglieder des diplomatischen Corps und die Konsular-Agenten zu ernennen;

14) die Beziehungen mit den fremden Staaten zu unterhalten;

15) entweder selbst oder durch seine verantwortlichen Agenten den Belagerungszustand an irgend welchem Punkte des Gebietes der Nation zu proklamiren, im Falle eines auswärtigen Angriffs oder bei ersten Bewegungen im Innern (Art. 77 u. 32 N. 22);

16) internationale Unterhandlungen anzuknüpfen, Ausgleiche, Konventionen und Verträge, stets ad referendum des Kongresses, abzuschliessen, sowie die von den Staaten in Uebereinstimmung mit Art. 64 abgeschlossenen Kontrakte und Uebereinkommen zu genehmigen, dieselben auch bei der Ausführung der Autorität des Kongresses zu unterbreiten.

Zur Situation im deutschen Reichstage.

Nach einer Correspondenz der Wiener Arbeiterzeitung aus Berlin.

Es heisst: Der alte Kartellreichstag ist tot; ja wohl, aber sein Geist lebt fort und beherrscht die gegenwärtige Parlamentsmehrheit, wie er die frühere beherrscht hat. Gewählt als Protest gegen den Kartellreichstag, handelt er genau so, wie sein Vorgänger gehandelt hat.

So erweist sich schon jetzt die Wahl vom 20. Februar als eine ungeheure Duperie der Wähler.

Die Erklärung für diese Thatsache ist naheliegend. Als die eigentliche Opposition und zugleich die Mehrheit des Reichstages bildend, gelten von rechts an gerechnet Centrum, Deutschfreisinnige, Volkspartei und Sozialdemokratie. Dazu kommen die Gruppen der Polen, Elsässer, die aber in der Regel nicht zugegen sind und fast in allen Fällen die Heeresfolge des Centrums bilden.

Nun sind aber die Centrumsleute die unsichersten Kantonisten, die es giebt. Ihrem innersten Wesen nach durch und durch reaktionär, Aristokraten, Pfaffen oder Spießbürger, sind sie nur demokratisch, wenn es gilt, den eigenen Rücken gegen die Regierungsleute zu schützen. Seitdem aber die Regierung die Kulturkampfspeitsche weggelegt hat, ist auch der Demokratismus des Centrums, der immer sehr dünn war, verfliegen. Er lebt nun fort in einigen kleinbürgerlichen Vertretern Süd- und Westdeutschlands, die geistig fast ausnahmslos Nullen sind und nicht wagen, gegen die feudal-aristokratisch-reaktionäre Führerschaft sich aufzulehnen.

Aus Gründen seiner reaktionären Kirchenpolitik ist ferner das Centrum bestrebt, sich die Gunst der Regierung und des jungen Monarchen zu erkaufen und ist bereit, um diese zu erlangen, seine Zustimmung zu allen Unternehmungen, die für die Masse des Volks nur schwere Opfer und neue Lasten bedeuten, zu geben. So stimmt es für die kolonial-politischen und militärischen Vorlagen, womit es zugleich den innersten Ueberzeugungen und Bedürfnissen der in seiner Mitte vorhandenen aristokratischen Mitglieder Ausdruck giebt.

Freizinnig verhält es sich mit den Deutschfreisinnigen. Ihrer sozialen Stellung nach sind sie Vertreter der Bourgeoisie par excellence, die entweder unzufrieden mit der Schutzpolitik der Regierung, dieser opponiren, oder noch aus einem letzten Rest von bürgerlichem Liberalismus sich auf die Verwirklichung bestimmter konstitutioneller Formen und Forderungen steifen, und im übrigen, geärgert durch die ihnen bisher widerfahrene schlechte Behandlung, sich als zahnlöse Parlamentslöwen aufspielen.

Die Oppositionsstimme der Freisinnigen ist aber durch zwei Umstände mächtig gedämpft worden. Einmal durch das gewaltige Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen, das ihnen mehr Angst einjagte, als ihre eigenen Siege ihnen Freude bereiteten, dazu das immer Wichtigerwerden der Arbeiterbewegung überhaupt; dann der Abgang Bismarcks, der sie so tödtlich hasste — er wusste vielleicht selbst

nicht warum — und die durch dessen Abgang in ihrer Brust erwachte Hoffnung, doch endlich noch regierungsfähig zu werden.

Diese beiden »Oppositionsparteien« hat die Regierung nicht mehr zu fürchten, am allerwenigsten bei anständiger Behandlung, ein prophylaktisches Mittel, das sie, im Gegensatz zu Bismarck, jetzt anwendet und dabei ausgezeichnet fährt. Ein freundliches Wort vom Regierungstisch und man liegt auf dem Bauch. Die Volkspartei, nur 10 Mann stark, ist wesentlich aus denselben Elementen zusammengesetzt wie die Freisinnigen, und mit Ausnahme der Sozialdemokraten können die andern Gruppen weder an Zahl, noch wegen Mangel an Einheit des Strebens und Willens das Geringste leisten.

Thatsächlich ist also die Regierung unbestritten Herrin der Situation. Das bestätigen auch die vergnügten Gesichter der Herren an den Bundesrathstischen. Die Temperatur ist so angenehm, dass fast kein Tag vergeht, an dem der neue Reichskanzler sich nicht blicken lässt, was bei seinem Vorgänger eine grosse Seltenheit war.

Diese für die Sozialdemokratie scheinbar so ungünstige Situation ist thatsächlich die denkbar günstigste. Tritt sie stets und überall fest und entschlossen auf, nur auf ihre Wähler, auf die Arbeiterklasse blickend, so wird sie sehr bald auch den jetzt ihr noch fernstehenden Massen als die einzige Vertreterin des Volkes erscheinen, und eine Menge von Personen und Stimmen wenden sich von den andern ab und ihr zu. Ihre Stellung ist also in Wahrheit nie günstiger gewesen als gegenwärtig und es ist ihre Aufgabe, diese Gunst der Lage und der Umstände aufs beste auszunützen.

Uebersetzende Nachrichten.

Deutsches Reich.

— Militärvorlagen und kein Ende« möchte man sagen, wenn man hört, wie es in der Militärkommission zugeht, welche zur Vorberathung der Gesetze eingesetzt ist, die dem Reichstag in nächster Zeit zugehen sollen. Nicht nur die Erhöhung der sog. Präsenzstärke der Armee um 18,000 Mann wird gefordert, sondern man lässt mit dankenswerthler Offenheit durchblicken, dass dies nur die erste von einer ganzen Reihe von neuen Forderungen sei. Noch in dieser Session werden zwei Vorlagen ergehen, über Erstellung neuer strategischer Eisenbahnen und über Einberufung sämtlicher Reservisten zur Einübung mit dem neuen Gewehr. »Die weiteren Vorlagen für die Herbstsession sind noch nicht formulirt« erklärte der Kriegsminister. Es handelt sich dabei um Herbeiziehung der »Bedingtauglichen« zum aktiven Dienst, wodurch eine Verstärkung der Armee um 55,000 Mann erreicht würde. Dies alles kann aber nur geschehen durch erhöhte Einnahmen des Staates und so steht nicht nur die Beibehaltung der sämtlichen Zölle, sondern auch eine Erhöhung der Einkommenssteuer in Aussicht.

— Ueber die künftige Gestaltung des Militärprozessverfahrens, welche zur Zeit Gegenstand der Berathung einer Kommission ist, wird berichtet, dass von bayrischer Seite unentwegt am Prinzip der Oeffentlichkeit festgehalten werden wird. So sehr man in Preussen sich sträubt, glaubt man jedoch mit Rücksicht auf die allgemeine Stimmung, dass das öffentliche Verfahren thatsächlich zur Annahme kommt.

— Die deutschen Vertreter im Auslande sind angewiesen worden, die Auslassungen des Fürsten Bismarck gegenüber von Journalisten ganz als die eines Privatmannes zu behandeln, der der Reichspolitik durchaus fern stehe. Deutlicher kann die Misstimmung, welche über die Gesprächigkeit des Kanzlers in Regierungskreisen herrscht, nicht zum Ausdruck gebracht werden.

— Interessante Streiflichter auf die Folgen einer starren Steuerklassifikation wirft ein Vorkommnis in Bremen. Hier haben die Lehrer um Herabsetzung ihres Gehaltes petitionirt und zwar aus folgenden Gründen: Durch die vor Kurzem erfolgte Aufbesserung beträgt nämlich das Höchstgehalt der Lehrer Mark 2415. Wegen dieser Mark 15 mehr als Mark 2400 müssen nun die Lehrer ein Mehr von Mark 12 Klassensteuer und etwa Mark 3 Kirchensteuer bezahlen. Ausserdem verlieren sie, als der 11. Steuerstufe angehörig, nach den örtlichen Bestimmungen das Anrecht auf halbe Freistellen ihrer Kinder an den höheren Unterrichtsanstalten, so dass den Lehrern durch jene Mark 15 eine Mehrausgabe von etwa Mark 60—100 erwächst. Grau ist alle Theorie!

— Die neueröffneten strategischen Bahnen in Baden wurden dieser Tage von einer Kommission des Generalstabes unter Führung des General-Quartiermeisters Grafen Waldersee besichtigt. Bei dem im »Hotel zu den drei Königen« in Schopfheim stattgehabten Diner erklärte derselbe, er habe im Auftrage des Kaisers dessen Dank dem Lande für die Ausführung der Bahn auszusprechen, welchen er als einen Triumph bezeichnete, dabei auf die Opfer hinweisend, welche das Land zur Erhaltung des Friedens bringe.

— Die Heilsarmee, die sich immer mehr in Württemberg auszubreiten sucht, hat letzter Tage unter grossem Spektakel in Cannstadt ihren Einzug gehalten. Bei der ersten Versammlung kam es zu argem Skandal. Die Polizei musste den Saal räumen

und vermochte nur mit Mühe auf der Strasse vor dem Lokal die Ausschreitungen zu unterdrücken.

— Wie ungenügend die 1889er Getreideernte in Deutschland war, zeigt sich recht deutlich an den Ziffern, welche die Einfuhrliste aus Russland nachweist. Das deutsche Zollgebiet musste aus Russland beziehen:

Table with 2 columns: Grain type and quantity. Includes Kleie, Malzkeime, Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchte, Gerste, Mais, Buchweizen, Raps und Rübsaat, Leinsaat, Kartoffeln.

an Bodenerzeugn. zusam. 21,514,379 Doppelcentner, die einem Geldwerth von ca. 322 Millionen Mark entsprechen. Deutschland hat im Jahre 1889 ferner aus Russland 13,503,017 Doppelcentner Bau- und Nutzholz, grosse Posten von Petroleum und Schmierölen, Knochenmehl, Vieh, Eier und Schafwolle eingeführt.

— Aus Lübz berichtet man der »Rostocker Zeitung«: »Bei Sterbefällen hat der Küster die »Scheideglocke zu läuten, und zur Hilfe bei diesem Geschäft holte sich derselbe mit Genehmigung des Schulvorstandes einen vom Klassenlehrer zu bestimmenden grösseren Schulknaben, welcher für seine jedesmalige Leistung 5 Pfg. erhielt. War bisher eine solche Arbeit gern gethan worden, so weigerten sich kürzlich sämtliche Knaben der Klasse, für den bisherigen Preis zu läuten, und forderten doppelten Lohn.«

— Kaufleute wollen dem Fürsten Bismarck in Hamburg ein Palais zum Geschenk machen.

— Wie aus Ratibor berichtet wird, wird an der Unglücksstätte an der Oderfähre bei Thurze für die am Himmelfahrtstage ertrunkenen 43 Personen ein gemeinsames Denkmal in Form eines grossen steinernen Kreuzes errichtet werden.

— Eine angenehme Botschaft liess der Hamburger Senat an die Bürgerschaft gelangen, nämlich, dass der Ueberschuss des letzten Jahres 5,954,300 Mark beträgt und dass sich damit der Betrag der gesammelten Ueberschüsse auf rund neun Millionen Mark erhöhe. In letzterer Summe ist der Betrag der Nachsteuer von 5%, Millionen Mark mitenthaltend.

— Als Ort für die im nächsten Jahr abzuhaltende Ausstellung der Deutschen Landwirthschaftlichen Gesellschaft wurde Bremen bestimmt. Der Erbgrossherzog von Oldenburg hat das ihm angebotene Protektorat übernommen. Die im Jahre 1892 stattfindende Ausstellung soll nach den vorläufigen Dispositionen in Königsberg stattfinden.

— Eine Hamburger Gesellschaft will 400 Arbeiterwohnungen bauen lassen, welche kleinen Leuten gegen eine jährliche Miete von 200 Mk. mit der Aussicht überlassen werden sollen, dass innerhalb einer bestimmten Anzahl Jahre das Haus Eigenthum des Miethers wird.

— Zu den gegenwärtig ins Werk gesetzten Sammlungen für das Bismarck-Denkmal bemerkt die »Berliner Presse«, eine antisozialdemokratische Zeitung: »Die deutschen Börsen dem Fürsten Bismarck«, so wird füglich die Inschrift des Nationaldenkmals für den Ex-Kanzler a. D. zu lauten haben. Passender wäre sie jedenfalls, als wenn man etwa das »deutsche Volk« in den Verdacht brächte, dass es für die Verwirklichung der abgeschmackten Idee verantwortlich sei, dem Fürsten Bismarck noch zu einer Zeit ein Denkmal zu errichten, wo er als Mitarbeiter der »Hamb. Nachrichten« und anderer Blätter noch so frisch und fröhlich für die Mehrung seines Ruhmes thätig ist. In der That besteht, wenn man die Liste vom Centralcomité durchsieht, erfreulicher Weise kaum Zweifel darüber, dass das deutsche Volk in seiner grossen Masse sich an dieser Sammlung absolut nicht betheiliget. Es sind bis jetzt bei dem Centralcomité 84,579,93 Mk. eingegangen und ausserdem 44,841,95 Mk. vom Hamburger Lokal-Comité angemeldet. In der Liste über die erste genannte Summe finden wir das Haus Bleichröder mit 17,000 Mk., das Haus Mendelssohn & Co. mit 11,000 Mk., Robert Warschauer mit 2000 Mk., die Inhaber der Disconto-Gesellschaft mit ca. 3000 Mk., die Direktoren etc. der deutschen Bank mit ca. 3000 Mk., (darunter der freisinnige Abgeordnete Dr. Sinens mit 500 Mk.), der frühere Leib-Banquier Kaiser Wilhelms I., Baron von Cohn, hat 2000 Mk. gestiftet, der Aachener Hüttenverein Rothe Erde 10,000 Mk. Diese Beträge machen allein vier Siebentel der in Berlin eingegangenen Summe aus. Dagegen sind die Beiträge von 1 Mark und darunter, die ja besonders willkommen geheissen wurden, sehr mager. Die Liste veröffentlicht derer — 33, Herr Prof. Schwemmer figurirt mit 100 Mk., Lothar Bucher mit 20 Mk. auf der Liste.

— Die Vorlage zur Verbesserung des Dienst-Einkommens der Beamten und Offiziere verlangt 19,924,082 Mk. zu dem gedachten Zweck. Diese Summe setzt sich rechnerisch also zusammen: 1) zu Dienst-Einkommensverbesserungen für Offiziere und Aerzte des Reichsheeres a. Preussen 3,501,540, b. Sachsen 290,910, c. Württemberg 184,890, Summa 3,986,340; 2) zu Dienst-Einkommensverbesserungen für Offiziere und Aerzte der kaiserlichen Marine

189,140, Summa 189,140; 3) zu Dienststeinkommensverbesserungen für etatsmäßige Beamte 11,921,263, Summa 11,921,263; 4) zu Dienststeinkommensverbesserungen für diätarisch beschäftigte Beamte und Unterbeamte 2,536,657, Summa 2,536,657; 5) Stellenzulagen 540,000, Summa 540,000; 6) an Baiern zur Auszahlung 750,682, Summa 750,682, insgesamt 19,924,082 Mk.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schuhmachermeister Bock in Weissenfels hat in seiner dortigen Fabrik den achstündigen Arbeitstag eingeführt.

Ueber ein von verschiedenen Blättern gemeldetes Interview veröffentlicht jetzt Liebknecht im »Berl. Volksbl.« nachstehende Erklärung:

»Zur Charakteristik des haarsträubenden Blödsinns, den gewisse Telegramm- und Korrespondenz-Fabrikanten mit einem Berichterstatter des Pariser Petit Journal gegenüber in den Mund legen, habe ich zu bemerken: 1) dass dieser Blödsinn sich blos in den betreffenden deutschen Telegrammen und Korrespondenzen findet, nicht aber in dem Bericht des »Petit Journal« — wenigstens soweit mir derselbe aus der Justice, Bataille und anderen fremden Blättern bekannt ist; 2) dass der Berichterstatter des Petit Journal, der von Pariser Freunden warm an mich empfohlen war, überhaupt kein Interview mit mir gehabt hat, sondern nur, da ich gerade viel zu thun hatte, eine flüchtige Unterredung im Foyer des Reichstages, die mit den Unterbrechungen — ich wurde leider mehrmals abgerufen — höchstens eine Viertelstunde dauerte. Ich sagte natürlich nichts, was nicht Jedem gesagt werden konnte; und was ich von dem Bericht des Petit Journal gelesen habe, enthält zwar mancherlei Irrthümer und Schiefheiten, aber nichts, was mich zu einer Berichtigung hätte veranlassen können. Kurz, der haarsträubende Blödsinn, den man mir in den Mund legt, ist deutsches Fabrikat und offenbar zu dem Zwecke angefertigt, von den skandalösen Aeusserungen, welche der Reichskanzler a. D. reichsfeindlichen Interviewers gemacht haben soll, die Kritik abzulenken, und diese Aeusserungen in einigermaßen milderem Licht erscheinen zu lassen. Borsdorf, den 3. Juni 1890. W. Liebknecht.«

Der Seeschiffsverkehr im Hamburger Hafen hat 1889 ausserordentlich zugenommen. Es kamen an 8079 Seeschiffe mit 4,809,892 Reg.-Tonnen gegen 7524 Schiffe mit 4,355,000 Tonnen in 1888 und 4308 Schiffe mit 3,820,000 Tonnen in 1877. Die Zunahme betrug also 453,000 Tonnen in 1889, und 888,000 Tonnen in den beiden letzten Jahren. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass im laufenden Jahr die Zahl von 5 Millionen Tonnen erreicht, und wohl nicht unerheblich überschritten werden wird. Uebrigens macht sich auch im Schiffsverkehr dieses Hafens das neuerdings verschärfte Uebergewicht der britischen Rhederei geltend.

In Ruhrort trafen die Verwaltungen der Bergwerke und Fabriken ein Abkommen, dass Arbeiter, welche auf einem Betriebe beschäftigt waren, erst drei Monate nach Abgang von diesem auf einem anderen Werke in Arbeit genommen werden. Das ist so etwa die Einführung der Leibeigenschaft. Ein Arbeiter ist der willkürlichen Ausraubung überantwortet, der schlechtesten Behandlung preisgegeben, er darf sich seinen Peinigern nicht entziehen, ohne dass er verurtheilt ist, drei Monate mit Weib und Kind betteln zu gehen, dadurch zu verlumpen und wo möglich ins Gefängnis zu kommen. Die Arbeiter wollen dieserhalb an den Reichstag petitioniren.

In Kantop in Schlesien brannten 27 Häuser nieder. Die Mehrzahl der Geschädigten ist nicht versichert.

Ein Sensationsprozess bereitet sich wieder einmal beim Landgericht I in Berlin vor. Im Moabiters Untersuchungsgefängnis sitzt eine Dame von Stande, eine Frau Hauptmann v. F., die Tochter eines preussischen Generalleutenants. Die Gefangene steht unter dem Verdacht, erhebliche Betrügereien ausgeführt zu haben. Ihres angegriffenen Zustandes halber ist sie zur Zeit in der Lazarethstation des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Die grosse Holzbearbeitungsfabrik von Blunk in Wankendorf in Holstein brannte vollständig nieder. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 150,000 Mk. Zahlreiche Arbeiter sind brodlos. Menschen sind glücklicherweise nicht verunglückt.

An Bord des deutschen Packetdampfers »Ohio«, welcher von Brasilien kommend, am 30. Mai in Lissabon anlangte, wurden von der portugiesischen Sanitätsbehörde vier Erkrankungen an gelben Fieber konstatiert, so dass der Dampfer vorläufig einer sechsstägigen Quarantäne (bis zum 5. Juni) unterzogen wurde. Die Zahl der Passagiere betrug 205, von denen etwa die Hälfte nach Deutschland zu kommen beabsichtigte; doch wollten dieselben in Lissabon einen anderen Dampfer der Gesellschaft abwarten, da nach ihrer Erklärung bei der Abfahrt von Brasilien nur ein Fieberkranker an Bord gekommen, und somit die weitere Verbreitung des Fiebers durch Ansteckung erfolgt sei.

Oesterreich-Ungarn.

In Pest sind die österreichischen Delegationen zusammengetreten. Bei diesem Anlass hielt Kaiser Franz Josef eine Ansprache an die Delegationspräsidenten, in der er hervorhob, die politische Lage sei seit dem letzten Jahre wesentlich unverändert geblieben und die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten bestärkten ihn in der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens. Das kraftvolle Zusammenstehen Oesterreich-Ungarns mit den Verbündeten und deren vertrauensvolles Zusammenwirken zu den gemeinsamen Friedenszielen gäben auch fernerhin die bereits bewahrte Bürgschaft allgemeiner Wohlfahrt. Allerdings glaubt der Kaiser, es müsse dazu die unausgesetzte Fortentwicklung der Wehrkraft Oesterreich-Ungarns notwendiger Weise in möglichstem Einklange mit der wichtigen Stellung erhalten werden, welche der österreichische Staat neben seinen Verbündeten zu behaupten habe. Bei aller gewissenhaften Erwägung der Finanzverhältnisse der Monarchie werde es unausweichlich sein, nebst der Fortsetzung militärischer Vorsichtsmassregeln auch die

aus den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete des Schiess- und Befestigungswesens sich ergebenden Erfordernisse ins Auge zu fassen. Immerhin werde sich die Militärverwaltung in den engsten Grenzen halten. Hinwiederum betonte der Kaiser den deutsch-böhmischen und alttschechischen Deligräten gegenüber die Nothwendigkeit des Ausgleiches. Das tschechische Volk sei verhetzt und der Ausgleich müsse darum zu Stande kommen. Das Wiedererscheinen der Deutschböhmen in der Delegation sei schon eine Frucht dieses Ausgleiches.

Schweiz.

Der Schweizer Nationalrath hat mit allen gegen drei Stimmen die Einführung der obligatorischen Unfall- und Krankenversicherung beschlossen.

Der nächste geographische Weltkongress findet 1891 in Bern statt. Gleichzeitig wird dort das 600-jährige Jubiläum des eigenössischen Bundes und die Gründung der Stadt Bern, welche 1191 erfolgte, gefeiert werden.

Das von Herrn Oberst E. Locher in Nr. 23 der »Schweizer Bauzeitung« beschriebene neue Bahnsystem für die Jungfrau-Bahn dürfte zweifelsohne der ganzen Angelegenheit eine andere, vortheilhaftere Wendung geben; durch das vorgeschlagene System soll es möglich sein, innert 15 bis 30 Minuten 50 Personen von der Thalsohle nach dem Gipfel der Jungfrau zu befördern. Herr Oberst Locher ist der Ansicht, dass die sämtlichen bisher zur Ausführung gelangten Bergbahnsysteme für eine Jungfraubahn wenig geeignet sind, denn Lokomotivbetrieb, wie am Rigi und Pilatus, ist in langen Tunnels des Rauches und Geräusches wegen von vorneherein ausgeschlossen, und Seilbahnen sind der geringen Leistungsfähigkeit und der langen Fahrzeit halber ebenfalls nicht zu empfehlen. Oberst Locher schlägt daher an deren Stelle eine pneumatische Tunnelbahn vor, wie sie sich in kleineren Modellen in der Praxis ja schon ganz gut bewährt haben. Bei dem neuen projektirten und patentirten Locher'schen Bahnsystem besteht die letztere aus einem zweitheiligen Tunnel, der von der Thalsohle direkt nach dem Gipfel führt. Der Tunnel enthält zwei nebeneinander liegende gemauerte, runde Röhren von je 3 m minimem Durchmesser mit drei Laufschielen; innerhalb der Tunnelröhre werden dann die eigenartig konstruirten, dem Personentransport dienenden Waggons durch Luftdruck, d. h. durch künstliches Einblasen von Luft in das untere Röhrende aufwärts gedrückt. Die Erzeugung des zur Bewegung nothwendigen Luftüberdruckes geschieht mittelst mächtiger Ventilatoren; die erzielte mittlere Geschwindigkeit, mit welcher der Wagen sowohl berg- als thalwärts fahren soll, beträgt 7 m, die maximale 8 m per Sekunde. Es entspricht dies etwa 30 km per Stunde, gleich der Geschwindigkeit von Güterzügen.

Italien.

Die italienische Kolonialpolitik in Afrika tritt in eine neue Phase. Bezüglich der längst projektirten Kolonisierung einzelner Gebiete Abessyniens durch Bauern ist jetzt nämlich Folgendes definitiv beschlossen worden: Die Kolonisierung beginnt auf dem Hochplateau von Keren. Als Arbeitskräfte werden sowohl Eingeborene als auch Bauern von Reggio in der Emilia und ausgediente Soldaten verwandt. Zum Anbau kommt Oel, Wein, Getreide, hauptsächlich aber Tabak, dessen Anpflanzung gute Aussichten bietet. An der Spitze des Kolonisationsunternehmens steht der Deputirte Franchetti.

Zu Trapani haben Banditen den dortigen reichen Bankier, Filippo Arrigo, dessen Vermögen nach Millionen zählt, nächtlicherweile aus seinem Bett gehoben — der Bankier hatte erst vor wenigen Tagen sein Landhaus bezogen — und ins Gebirge geschleppt, wo sie nun für ihn 400,000 Lire als Lösegeld verlangen.

Im Hotel de Londres zu Monte Carlo endeten zwei an der Spielbank ruinirte englische Edelleute ihr Leben durch Selbstmord.

Frankreich.

Louise Michel macht wieder von sich reden. Dieselbe ist durch das Gericht in Grenoble in Anklagestand versetzt, von den Aerzten als verrückt erklärt und ins Irrenhaus überführt worden. Der Minister des Innern verfügte hierauf ihre gänzliche Freilassung. Statt sich hierüber zu freuen, schreibt die »bittere Louise« an den »Intransigeant«: »Ich war niemals unzurechnungsfähig, sondern nur entrüstet, wüthend. Ich habe die Schmach, von einem Constans begnadigt zu werden, nicht verdient.«

Die Zahl der Selbstmorde in Frankreich hat im Jahr 1889 die entsetzliche Höhe von 25,000 Personen erreicht. 200 davon waren Kinder im Alter von 12—15 Jahren und 1160 im Alter von 15—20 Jahren.

Russland.

Die vielbesprochene Frage wegen der Anlage eines neuen russischen Kriegshafens in der Ostsee ist nun definitiv dahin entschieden, dass dieselbe bei Libau erfolgen wird. Der Ingenieur Macdonald soll mit der Leitung des Baues, dessen Kosten auf 12 Millionen Rubel veranschlagt sind, betraut werden.

In dem russischen Gouvernement Radom hat sich im Dorfe Lukowo eine Bäuerin in einem Anfälle von religiösem Wahnsinn selbst verbrannt. Sie verliess des Nachts, als Mann und Kinder schliefen, ihre Wohnung und begab sich auf ein unweit vom Dorfe belegenes Feld, auf dem sie vorher eine Kartoffelgrube hatte reinigen lassen. In diese Grube legte das Weib Stroh und Reisig, zündete den Haufen an und stürzte sich in die Flammen. Am andern Tage fand man den verkohlten Leichnam.

In Lodz nahm sich, wie die »Lodzer Zeitung« mittheilt, kürzlich ein jüdischer Händler aus folgender Veranlassung das Leben: Der Betreffende war von seinen Glaubensgenossen beim Genusse »treifer« Wurst überrascht und infolge dessen von diesen körperlich misshandelt worden. Als nun auch die Frau erklärte, von ihm gehen zu wollen, gerieth der Frevler gegen die Speisevorschriften derart in Verzweiflung, dass er ein Messer nahm und sich die Kehle durchschnitt.

Der »Voss. Ztg.« zufolge wurden in der Stadt Doksichy an der Beresina, im Gouvernement Minsk,

durch eine Feuersbrunst 400 Häuser eingäschert. Zehn Personen sind in den Flammen umgekommen, der Schaden ist sehr bedeutend.

Afrika.

Durch ein Dekret des Bey von Tunis, welches das tunesische Amtsblatt veröffentlicht, wird erklärt, dass die Sklaverei nicht mehr bestehe und verboten sei. Jeder, der Neger oder Negerinnen in seinem Dienst beschäftigt, hat denselben binnen drei Monaten einen notariellen Akt, der vom Kadi unterzeichnet sein muss, auszuhändigen, in welchem bestätigt wird, dass der oder die betreffende, der männliche oder weibliche Diensthote frei ist. Wer einen Menschen als Sklaven gekauft, verkauft oder gehalten hat, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Aus Dahomey. Die neueste Post von der Westküste Afrikas bringt die erste ausführliche Mittheilung über das blutige Gefecht, das die französischen Truppen am 20. April vor Porto-Novo den Dahomey-Kriegern zu liefern hatten. Die Franzosen vermieden durch ihre Tapferkeit und ausgezeichnete Manneszucht in Feuer eine Niederlage, welche mit ihrer vollständigen Vernichtung gleichbedeutend gewesen wäre, aber sie haben stundenlang in der äussersten Gefahr geschwebt. Der Verlauf des Gefechtes war folgender:

Am 17. April erfuhr der französische Resident in Kotonu, Herr Ballot, dass die Dahomey-Leute einen Angriff auf Porto-Novo planten. Er begab sich sofort mit Oberstleutnant Terrillon und einem grossem Theil der Besatzung von Kotonu nach dem gefährdeten Platze, der Tags darauf erreicht wurde. Am 20. April, um 6 Uhr früh, marschirten die Truppen von Porto-Novo ab, dem Heere der Dahomey entgegen, das man im Anzug begriffen wusste.

Die Vorhut bildeten 500 schwarze Krieger des Königs von Porto-Novo, Namens Toffa, befehligt von einem »Prinzen«, das heisst einem nahen Verwandten Toffas. Ihnen folgte eine Compagnie (schwarzer) Senegalschützen, dann die weisse Mannschaft unter Oberstleutnant Terrillons Befehl mit drei Geschützen, und den Schluss bildeten wieder Senegalschützen. Im Ganzen hatte Oberstleutnant Terrillon 500 schwarze Krieger und 350 reguläre schwarze und weisse Soldaten unter seinem Befehle.

Nachdem man etwa sieben Kilometer weit marschirte, stiess die Vorhut bei einem Dorfe Atschupa auf den Feind, der sofort das Feuer eröffnete. Die Porto-Novo-Neger liefen spornstreichs davon, nicht ohne acht Tode, darunter ihren Führer, auf dem Plan zu lassen. Die Dahomey-Krieger waren ihnen in hitziger Verfolgung auf den Hacken und kamen mit den Flüchtlingen fast zugleich vor der Front der Regulären an. Der Befehlshaber liess ein Karree bilden, das die Dahomeyleute mit mörderischem Gewehr- und Kartätschenfeuer empfing. Die Wirkung war verheerend. Der Feind stutzte einen Augenblick, dann griff er aber mit äusserster Todesverachtung an.

Es wurde allen klar, dass sie das ganze Dahomeyheer vor sich hatten. Oberstleutnant Terrillon schätzte dasselbe auf 6000 männliche Krieger und 2000 Amazonen. Die wilden Schwarzen stürmten wieder auf das Karree los und suchten in dasselbe einzubrechen. Reihenweise mussten die Amazonen, die eine unglückliche Hartnäckigkeit an den Tag legten, mit der blanken Waffe niedergestossen werden, da sie bis an das Karree herankamen, obschon dessen Feuer sie in den letzten 200 Metern vor den vier Fronten schwadenweise niederstreckte.

Dieses Gemetzel dauerte etwa eine Stunde, ohne dass das Häuflein der Franzosen ernstlich erschüttert wurde. Da aber das Damoheyheer sich dann theilte und die eine Hälfte Miene machte, nach dem von Vertheidigern entblösten Porto-Novo zu ziehen, während die andere das Karree umgab, entschloss sich Terrillon zum Rückzuge, den er unter grossen Schwierigkeiten langsam antrat. Er behielt die Viereckformation bei und machte auf der kurzen Strecke bis Porto-Novo fünf- oder sechsmal Halt, um sich der Verfolger zu erwehren, doch erreichte er schliesslich die Veste vor dem Feinde. Er verlor im Ganzen 63 Mann an Toten und Verwundeten, darunter 15 Europäer, fast ein Fünftel seiner Leute. Das Dahomeyheer soll ein Viertel seines Bestandes, 2000 Krieger und Amazonen, verloren haben.

Bei einem Haar wäre dieser Kampf von Porto-Novo ein Dogali der Franzosen geworden.

China.

Der General Tscheng-Tsi-tu ist nebst einem seiner Hauptleute hingerichtet worden, weil sie Staatsgelder unterschlagen und falsche Ausweise über die Anzahl der unter ihrem Befehl stehenden Truppen geführt und veröffentlicht hatten.

Nordamerika.

Kürzlich fuhr ein Mann in einem aus Papiermaché gefertigten Canoe von New-York ab, um auf demselben die Reise nach der Mündung des Columbia River anzutreten. Er hofft im Oktober dort anzukommen. Seine Route geht den Hudsonfluss hinauf durch den Erie-Kanal, über den Ohio, Missouri und Mississippi in den Columbia. Vom Erie-See bis nach dem Chautauqua-See, dann von dem grossen Wasserfall nach dem Missouri und endlich über die Felsengebirge wird der eigenthümliche Abenteurer sein Canoe auf dem Rücken zu tragen haben.

An der Universität der Stadt New-York können vom Wintersemester 1890/91 an auch Frauen juristische Vorlesungen besuchen und es ist Frau Dr. Emilie Kempin von Zürich berufen worden, um an denselben Vorlesungen über römisches und altenglisches Recht, sowie über Rechtsgeschichte zu halten. Ebenso wurde dieselbe an Stelle eines zurücktretenden bekannten New-Yorker Advokaten zum Professor für gerichtliche Medizin an eine Schule für weibliche Studirende der Arzneikunde berufen.

Notizen

S. Paulo. Am 11. d. Abends 9 Uhr wird ein Extrazug für Theilnehmer an den Festlichkeiten des 14. Juli in Rio von der Nordstation in S. Paulo abgehen.

Die hiesige Rechtsfakultät wird im laufenden Jahre von 536 Studenten besucht, von denen 148 im ersten, 98 im zweiten, 143 im dritten, 63 im vierten und 84 im fünften Studienjahr sich befinden.

In S. Paulo soll eine grosse Gerberei und Schuhwaarenfabrik errichtet werden. Das Kapital ist auf 1000 Contos festgesetzt, welches mittelst Aktien à 200/3000 aufgebracht werden soll. Es wird beabsichtigt, die Gerberei Boa Vista anzukaufen und zu erweitern.

Gestern Abend 10¹/₂ Uhr ist in der Rua do Principe ein gewisser Bernardo Neiber durch einen Unbekannten mittelst eines Dolches gefährlich am Bauche verwundet worden.

In der Rua Boa Vista stürzte gestern Nachmittag ein Neubau, der bereits unter Dach war, zusammen. Er soll Mauern von nur einem halben Ziegelstein gehabt haben. Ein Arbeiter ist dabei verletzt worden.

Unter dem Namen »Companhia Impressora Paulista« wird gegenwärtig hier ein Unternehmen organisiert, welches den Betrieb des Buchdruckerwerbes und Geschäftsbücher-Fabrik, Stereotypie, Lithographie, Zinkographie, Phototypie, Handel mit Papier und Schreibmaterialien, Luxus- und Phantasie-Artikeln, sowie Besorgung irgendwelcher Handelsaufträge zum Zwecke hat. Das Kapital soll 500 Contos betragen, eingetheilt in 2500 Aktien zu 200\$. Gründer sind die HH. Carlos Teixeira de Carvalho, Bankier, Dr. A. Pereira de Queiroz, Negotiant, Pedro Antonio Borges, Negotiant. Von den Aktien sollen bereits für 300 Contos vergeben sein.

Auch eine grosse Wagenfabrik ist in der Gründung begriffen, welche Fuhrwerke aller Art bauen will. Zwei der bestehenden Wagenfabriken sind bereits angekauft und sollen durch Einrichtung von Dampftrieb erweitert und verbessert werden. Besonders ist die Fabrikation neuer verbesserter Transportwagen in Aussicht genommen, ferner von Droschken, welche von entsprechend uniformirten Kutschern dirigirt werden sollen. Die Gesellschaft will gleichzeitig auch die Umzüge bei Wohnungswechsel der Familien besorgen, wird überhaupt dem jetzigen Transportwesen grosse Konkurrenz bieten. Als Organisator dieser Gesellschaft wird ein Herr Robert Levinger genannt.

Die HH. Francisco Antonio de Souza Paulista und Justo Nogueira de Azambuja haben sich an die Intendencia gewandt um Gewährung einer Konzession für Verlängerung der Bondslinie vom Ipiranga bis zur Kolonie S. Bernardo.

Die Jury verurtheilte gestern den 37 Jahre alten Modellstecher Jacob Gsell, welcher seinen mit ihm in der Fabrik Lacerda arbeitenden Kollegen Wilhelm Jürgens anlässlich eines geringen Zwistes mit einem grossen Hobel erschlagen hatte, zu sechs Jahren Arbeitshaus.

In der Braz starb am 6. d. M. der Deutsche Eduard Veislaw (nach andern Blättern Neisson), 31 J. alt, am Typhus.

Der in hiesiger Provinz sehr bekannte protestantische Geistliche Dr. A. L. Blackford, welcher vor ca. 30 Jahren als presbyterianischer Missionar nach Brasilien gekommen war, ist kürzlich in den Vereinigten Staaten gestorben. Dr. Blackford hat eine Uebersetzung des Neuen Testaments aus dem griechischen Urtext in die portugiesische Sprache ausgearbeitet.

Heute Mittag sind 250 Immigranten, die auf Kosten der Centralregierung reisten, hier eingetroffen.

»Man soll Niemanden vor seinem Tode glücklich preisen« — dieser alte wahre Grundsatz bestätigt sich wieder in Bezug auf die in unserer letzten Nummer gebrachte Notiz über den Deutschen Ferdinand Harm. Die Sache verhält sich leider doch so, wie der »Mercantile« berichtet hatte, obwohl wir dies für unmöglich hielten. Wir hatten unsern Landsmann allerdings seit langer Zeit nicht gesehen, und nun wird uns von seinen Nachbarn bestätigt, dass er in Folge langer Krankheit, zu welcher ein Schlaganfall trat, der ihm die ganze rechte Seite lähmte und ihn zu jeder Arbeit unfähig machte, in so schlimme Lage gerieth, dass er als alleinstehender Mann nur auf die Hilfe seiner Nachbarn und Freunde angewiesen war. Auf Anrathen der Aerzte, die ihn für unheilbar erklärten, zumal er auch eine Hirnaffektion erlitten zu haben scheint, hat man ihn einstweilen im öffentlichen Versorgungshause untergebracht, und seine Bekannten veranstalten unter sich eine Subskription, um dem so schwer heimgesuchten braven Mann sein trauriges Loos wenigstens etwas zu erleichtern.

(NB. Die in jener Notiz eingeschaltete Bemerkung über Zahlung seines Abonnements erklärt sich dadurch, dass ein seitheriger Mitleser des unter Harms Namen gesandten Exemplars dasselbe für ihn weiter hält und bezahle, wovon wir noch nicht in Kenntniss gesetzt waren.)

In Campinas verheiratete sich Hr. Manoel de Campos Ledo mit D. Anna Bänninger.

Auf der Mogyana-Bahn, in der Nähe der Station Tanquinho, wurde ein auf den Schienen liegender, schlafender Mann vom Schienenrümer des daherkommenden Zuges auf die Seite geschleudert und am Kopfe gefährlich verletzt.

Dous Corregos. Am 28. v. M. fand daselbst die erste Civiltrauung nach dem neuen Civilehe-Gesetz statt. Nach Beendigung dieses Aktes wollten die Neuvermählten sich auch den geistlichen Segen holen und begaben sich zu dem Herrn Vigario, um die kirchliche Trauung folgen zu lassen. Dieser aber wies sie rund ab und erklärte, sie nicht zu trauen, wenn sie sich nicht vorher von ihm auch dreimal aufbieten liessen. Er habe nichts mit dem weltlichen Gesetz zu thun und ihn ginge ihr Civilaufgebot und -Trauung nichts an. Da das junge Paar zu diesen zeitraubenden Umständen wenig Lust verspürte, so unterblieb die kirchliche Trauung nun ganz.

S. Carlos do Pinhal. Der Geschäftsmann Antenor Nestor dos Santos, welcher sich am Donnerstag erschoss, scheint an Geistesgestörtheit gelitten zu haben, die ihn seit einiger Zeit, während welcher er sich eifrig mit dem Spiritismus beschäftigte, befallen hatte.